

21.00

**Abgeordneter Erwin Angerer (FPÖ):** Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Minister! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren vor den Fernsehgeräten! Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um eine Regierungsvorlage betreffend fünf Gesetze, einmal um den Erlass des Haftungsgesetzes-Kärnten und viermal um eine Abänderung: Bundeshaftungsobergrenzengesetz, ABBAG-Gesetz, Bundesgesetz zur Schaffung einer Abbaueinheit und Finanzmarktstabilitätsgesetz. *(Präsidentin Bures übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Vielleicht vorweggeschickt, Herr Minister Schelling, etwas Positives: Sie wollen damit zumindest einen Schlusstrich unter eine endlos scheinende Geschichte Hypo/HETA ziehen, die jetzt bereits sieben Jahre lang dauert. Damit ist es aber mit dem Positiven leider schon wieder vorbei, denn was uns daran massiv stört – und deshalb werden wir diesem Gesetz auch nicht zustimmen –, ist die Intransparenz, die leider am 12., 13., 14. Dezember 2009 begonnen hat.

Diese Intransparenz setzt sich bis heute nahtlos fort, und Sie stellen sich in eine Reihe mit den damaligen Mastermind-Chefs Schieder und Pröll, die aus unerklärlichen Gründen von den Bayern eine Bank zurückgenommen haben, was keine Notwendigkeit war. Von dort weg wurde, solange es nur ging, nicht informiert, das heißt, vertuschen, vertuschen, vertuschen, solange es möglich ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Man hat das Parlament nicht darüber informiert, was in diesem Vertrag vereinbart ist. Es war noch viel schlimmer, man hat nicht einmal selbst gewusst, was man mit diesem Vertrag abgeschlossen hat, in dem man den Bayern ein Mitspracherecht eingeräumt hat und erst zwei Jahre später draufgekommen ist, dass das in diesem Vertrag steht.

Dann hat Herr Pröll das offensichtlich gemerkt und hat das sinkende Schiff verlassen. Dann ist Frau Fekter gekommen und hat in weiterer Folge wiederum niemanden darüber informiert, dass man eine von Ditz und Scholten geforderte Bad Bank gründen sollte, eigentlich müsste. In weiterer Folge ist ein weiterer Milliarden Schaden entstanden.

Dann ist Herr Spindelegger gekommen, der hat offensichtlich nicht gewusst, was er tun soll, hat die Notbremse nicht gefunden oder war nicht in der Lage, sie zu ziehen. Das muss man Ihnen, Herr Minister Schelling, ja zugutehalten, dass Sie das dann 2014

getan haben. Sie haben dann die Notbremse gezogen, aber da war leider der Zug schon in den Graben gefahren, wie man sagt.

Heute, Herr Dr. Schelling, reihen Sie sich leider auch dort ein, Sie informieren uns wiederum nicht darüber, was Sie vereinbart haben, das Memorandum of Understanding wird uns nicht gezeigt. Weder die Kärntner Landesregierung noch Sie hier in Wien legen die Vereinbarungen zwischen dem Land Kärnten und dem Bund vor, wiederum vertuschen die rote Reichshälfte in Kärnten und die schwarze Reichshälfte in Wien. (*Bundesminister **Schelling**: Aber verbrauchen haben's Sie, oder?*) – Ah, nein, Sie brauchen mir nur zuzuhören, dann wissen Sie, wie der Schaden entstanden ist. Sie brauchen sich nicht herauszureden. (*Abg. **Lichtenecker**: ... hat aber schon die FPÖ in Kärnten ...! – Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das glaubt Ihnen ja kein Mensch mehr, dass die Landeshaftungen dafür verantwortlich sind, dass wir heute 12 Milliarden Schaden haben. (*Zwischenbemerkung von Bundesminister **Schelling**.*) Das beweisen auch die Unterlagen im Hypo-Untersuchungsausschuss, deshalb haben Sie den ja auch verhindert, solange Sie konnten. (*Abg. **Tamandl**: Was ist jetzt übrig geblieben?*)

Heute wissen wir auch nicht, was in dieser Abbaueinheit (*Abg. **Tamandl**: Was hat das mit der Landeshaftung zu tun?*), in der Asset-Verwertung der HETA passiert, es gibt keinen Einblick in die Asset-Verwertung. Es wird niemandem Einblick in die Asset-Verwertung gegeben. Alle Damen und Herren, die aus der Hypo/HETA zu uns in den Ausschuss geschickt worden sind, Frau Kollegin Tamandl, waren nicht vom Geschäftsgeheimnis und auch nicht vom Bankgeheimnis entbunden. (*Abg. **Tamandl**: Was hat das mit der Haftung zu tun, Kollege Angerer?*) Das heißt, die haben uns nichts sagen dürfen.

Heute führen wir noch mit den Bayern verschiedenste Gerichtsverfahren in Höhe von 4,8 Milliarden €, über die uns keiner etwas sagen darf. Herr Dr. Schelling, der hinter mir auf der Regierungsbank sitzt und darüber lacht, hat selbst in den letzten beiden Jahren an die 3 Milliarden € mitzuverantworten. (*Zwischenbemerkung von Bundesminister **Schelling**.*) 1,2 Milliarden € haben Sie den Bayern überwiesen, und 1,7 Milliarden € haben Sie beim SEE-Verkauf – dem Südosteuropa-Netzwerk – an Haftungen übernommen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Das Gesetz, das Sie heute vorlegen, beinhaltet wieder etwas, das nicht einmal Ihren eigenen Regeln entspricht; das sagt nicht der Erwin Angerer, das sagt der Budgetdienst. (*Bundesminister **Schelling**: ...Gott sei Dank!*) Die Darstellung der finanziellen Auswirkungen in der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung fehlt und

entspricht nicht den Anforderungen des § 17 BHG 2013 und der dazu ergangenen Verordnung des Bundesministers für Finanzen.

Das heißt, Ihr Gesetz entspricht nicht einmal Ihren eigenen Regeln. Das ist die Vertuschung, die Sie heute fortsetzen, und deshalb lehnen wir dieses Gesetz ab. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ. – Bundesminister **Schelling**: Das ist kein Wunder, dass Sie ...!)*

21.05

**Präsidentin Doris Bures:** Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Obernosterer. – Bitte.